

Frage 1:

Als es dem Unternehmen des A wirtschaftlich nicht gut geht, spricht A mit dem Betriebsrat darüber, ob die Belegschaft zur Sicherung des Unternehmens auf das Weihnachtsgeld verzichten könnte. Alle Betriebsratsmitglieder bis auf B sind einverstanden. B ist der Meinung, dass eine solche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat nicht getroffen werden könne. Hat B Recht?

Bitte begründen Sie Ihre Auffassung.

Frage 2:

Arbeitgeber A möchte die Mitarbeiterin M aus der Lagerabteilung in die Produktionsabteilung versetzen. Der Arbeitsvertrag lässt dies zu. In der Produktion käme die Mitarbeiterin allerdings mit Blei und Bleiderivaten in Berührung (vgl. Anlage 2 zur MuSchV und § 4 MuSchV). Der Betriebsrat möchte deshalb die Zustimmung zur Umsetzung verweigern.

Kann er das? Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?

Frage 3:

Arbeitgeber A möchte eine neue Telefonanlage anschaffen. Der Betriebsrat ist der Meinung, dass diese Maßnahmen im Sinne des § 87 BetrVG mitbestimmungspflichtig sind. Hat er Recht?

Begründen Sie Ihre Auffassung.

Frage 4:

Was muss der Arbeitgeber bei Ausspruch einer Kündigung beachten, wenn der Betriebsrat gemäß § 102 Abs. 2 Satz 1 BetrVG gegen die Kündigung Bedenken hat?

Frage 5:

Arbeitnehmer A hat eine Abmahnung erhalten. Als sich sein Arbeitgeber weigert, die Abmahnung aus der Personalakte zu entfernen, möchte er deswegen keinen Prozess führen. Er möchte aber eine Gegendarstellung in die Personalakte aufgenommen haben.

Hat er darauf Anspruch? Begründen Sie Ihre Auffassung.

Frage 6:

In einem Betrieb mit 17.000 Arbeitnehmern soll ein Betriebsrat gewählt werden.

Wie viele Mitglieder hat der Betriebsrat?

Frage 7:

Der Betriebsrat hat gegen eine personelle Einzelmaßnahme im Sinne des § 99 BetrVG Bedenken. Drei Tage, nachdem der Arbeitgeber den Betriebsrat vollständig über die Maßnahme informiert hat, schickt der Betriebsratsvorsitzende dem Arbeitgeber eine E-Mail, in der er mitteilt, dass der Betriebsrat seine Zustimmung verweigere. Nach Ablauf der Wochenfrist setzt der Arbeitgeber die personelle Einzelmaßnahme um. Er ist der Auffassung, dass der Betriebsrat seine Zustimmung im Sinne des § 99 Abs. 3 BetrVG erteilt habe.

Hat der Arbeitgeber Recht? Bitte begründen Sie Ihre Auffassung.

Frage 8:

Was geschieht, wenn ein in den Betriebsrat gewählter Arbeitnehmer dem Wahlvorstand am Tag nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses gemäß § 17 Abs. 1 WO mitteilt, dass er die Wahl ablehne?

Frage 9:

Sind Betriebsratssitzungen öffentlich? Begründen Sie Ihre Auffassung anhand des Gesetzes.

Frage 10:

Inwieweit können Arbeitgeber und Betriebsrat den Spruch der Einigungsstelle (§ 76 BetrVG) vor Gericht überprüfen lassen?

Frage 11:

Frau F ist Mitglied des Betriebsrats. Als sie aus dem Betriebsrat ausscheidet, ist sie der Auffassung, die Geheimhaltungspflicht gemäß § 79 BetrVG gelte für sie jetzt nicht mehr.

Zu Recht?

Frage 12:

In einem Betrieb sind 4 Arbeitnehmer beschäftigt. Eine Arbeitnehmerin wird schwanger und geht danach für drei Jahre in Elternzeit. Für sie wird für drei Jahre befristet eine Ersatzarbeitskraft eingestellt. Nun wird unter den Arbeitnehmern diskutiert, ob im Betrieb ein Betriebsrat errichtet werden kann. Der Arbeitgeber ist der Auffassung, der Betrieb sei dafür zu klein.

Wie ist die Rechtslage?

Frage 13:

Darf die Ehefrau des Arbeitgebers, die ebenfalls im Unternehmen angestellt ist, bei den Betriebsratswahlen mitwählen (Wahlberechtigung gemäß § 7 BetrVG)?

Frage 14:

Stellen Sie die drei Regelungsebenen dar, die in § 1 TVG beschrieben sind und machen Sie jeweils ein Beispiel dafür.

Frage 15:

Arbeitgeber A hat mit dem Betriebsrat im Hinblick auf eine anstehende Betriebsänderung einen Interessenausgleich vereinbart. Bei der Umsetzung der Betriebsänderung hält er sich nicht an den Interessenausgleich. Als Folge davon verliert Arbeitnehmer N seinen Arbeitsplatz. Er ist der Auffassung, ihm stünde so etwas wie Schadensersatz zu.

Welche Möglichkeiten hat er? Bitte benennen Sie die entsprechende Norm ebenfalls.